

NSA-Affäre

USA drehen bei

Als Konsequenz aus der NSA-Affäre ringen die Bundesregierung und die USA um die Frage, ob sich US-Firmen, die in Deutschland für das amerikanische Militär oder den Geheimdienst NSA arbeiten, an deutsches Recht halten müssen. Bislang gewährt die Bundesrepublik den sogenannten Contractors der US-Armee und der NSA weitgehende Privilegien. Nach den Spionageenthüllungen über die NSA hatte Berlin allerdings eine Garantie der US-Regierung verlangt; demnach sollten deren Auftragnehmer künftig deutsches Recht beachten – wie etwa den Datenschutz oder das Verbot von Spionage hierzulande. Diese Zusage hatte das US-Außenministerium in Washington zunächst verweigert. Das Auswärtige Amt (AA) pochte gleichwohl auf die Klausel und nahm sogar eine „grundsätzliche Belastung der bilateralen Beziehungen“ in Kauf, so ein vertraulicher Regierungsvermerk. Zuletzt stellte die Bundesregierung ein Ultimatum, das am 27. Februar auslief. Nun zeichnet sich eine mögliche Einigung ab: Bei einem Treffen zwischen einem AA-Staatssekretär und dem stellvertretenden US-Botschafter in Berlin ließen die Amerikaner erkennen, dass sie die Forderungen weitgehend akzeptieren. Die US-Regierung wollte sich zu den Verhandlungen nicht äußern. hst, mgb



Bundeswehrsoldaten in Afghanistan 2008

Afghanistan

Gezielte Tötungen mit deutscher Hilfe?

Mehrere Taliban-Führer, die Deutschland auf die Fahndungsliste der Nato gesetzt hat, könnten von Partnerstaaten getötet worden sein. Das hat die Bundesregierung jetzt eingeräumt. Von den 32 Zielpersonen, die die Bundeswehr für die „Joint Prioritized Effects List“ (JPEL) benannt hat, seien in Afghanistan „sieben ums Leben“ gekommen, heißt es in einer Antwort auf Fragen der Grünen-Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger. Über die Umstände schweigt die Regierung und schreibt, die Personen seien „bei Gefechts-handlungen“ ohne deutsche Beteiligung getötet worden. Deutlich relativiert sie ihre Darstellung, Deutschland habe bei Benennung der Zielpersonen stets die Vorgabe gemacht, dass sie lediglich festgenommen werden sollten. Tatsächlich habe man damit nur eine für andere Nationen nicht bindende „Wirkungsempfehlung“ ausgesprochen; in der Liste wurden die Vorgaben ausdrücklich als „Vorschläge“ klassifiziert. In mindestens einem Fall, dem von der Bundeswehr im Februar 2010 mit der Nummer 3145 auf die Liste gesetz-

ten Taliban-Kommandeur Shirin Agha, hielten sich die Amerikaner nicht an die deutsche Empfehlung. Der Kommandeur wurde laut einer US-Pressemitteilung Mitte Oktober 2010 bei Kunduz mit einem „gezielten Luftschlag“ ausgeschaltet. Die Bundesregierung will dafür „keine Bestätigung“ haben; Operationen anderer Nationen gegen JPEL-Ziele seien nicht erfasst worden. Die Regierung erklärt weiter, es sei unmöglich gewesen, die Einsätze der Partner allein auf Festnahmen zu beschränken. Andere Nato-Länder haben indes auf einer vom SPIEGEL ausgewerteten JPEL-Liste aus dem Jahr 2010 mehrmals eindeutige „Capture only“-Vermerke („Nur Festnahme“) eingefügt, die im Gegensatz zur deutschen Empfehlung („desired restriction“ – „gewünschte Einschränkung“) gut sichtbar in Rot auftauchen. Die Abgeordnete Brugger kritisiert das späte Eingeständnis: „Nach jahrelanger Verschleierung gibt das Ministerium zu, dass Deutschland mit der Listung die Tötung von Verdächtigen in Kauf genommen hat.“ mgb

Karrieren

CSU will Ramsauer abstrafen

Der Konfliktkurs, den Ex-Verkehrsminister Peter Ramsauer seit Monaten gegen Parteichef Horst Seehofer fährt, soll Konsequenzen haben. Die CSU-Spitze erwartet, dass Ramsauer sich beim Parteitag im Herbst nicht erneut um das Amt des Parteivize bewirbt. Seehofer

und die Führung der Landesgruppe im Bundestag werfen ihm zahlreiche Illoyalitäten vor. Ramsauer, der auch Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag ist, hatte zuletzt vor der Abstimmung über die Griechenland-Hilfen an die Landesgruppe appelliert, gegen die Verlängerung und

damit gegen die Linie der Parteispitze zu votieren. „Das war ein offener Aufruf zur Meuterei“, heißt es aus

der Parteiführung. Entsprechend heftig fiel die Kritik des Parlamentarischen Geschäftsführers Max Straubinger an Abweichlern wie Ramsauer aus. „Es gehört mehr Mut dazu,

für die Verlängerung der Hilfen zu stimmen als dagegen“, schimpfte Straubinger beim Treff der Landesgruppe. Am kommenden Montag soll das Thema im Parteivorstand zur Sprache kommen. Das Verhältnis von Ramsauer und Seehofer gilt als zerrüttet, spätestens nachdem Seehofer Ramsauer bei der Regierungsbildung 2013 nicht erneut als Bundesminister vorgeschlagen hatte. mp



Ramsauer